

**An die Mitglieder des Ausschusses für Gesundheit des Deutschen Bundestages  
An die Mitglieder der Pflegekommission**

München, 17. Oktober 2026

*Per E-Mail*

**Forderungen der WIR! Stiftung pflegender Angehöriger an den Gesundheitsausschuss des Deutschen Bundestages und die Pflegekommission:**

- **Pflege neu denken: Systemwechsel statt Kosmetik**
- **Mitbestimmung, ganzheitliche Versorgung und rechtliche Verankerung der Angehörigenpflege**

Sehr geehrte Mitglieder des Gesundheitsausschusses,  
sehr geehrte Mitglieder der Pflegekommission,

die Pflegepolitik in Deutschland steht vor einem Wendepunkt. Die Soziale Pflegeversicherung ist angesichts der demografischen und gesellschaftlichen Entwicklungen in ihrer derzeitigen Form nicht zukunftsfähig. Es muss ein realitätsorientierter Zukunftsplan erstellt werden, der die Bedürfnisse von Menschen mit Pflegebedarf jeden Alters ebenso berücksichtigt wie die Lebensrealitäten der Menschen, die beruflich oder privat pflegen und begleiten.

Im Zentrum einer zukunftsorientierten Pflegepolitik sollte die Frage stehen:

***Kann eine menschenwürdige und verlässliche Versorgung sichergestellt werden, wenn immer weniger Menschen Angehörige haben oder Angehörige nicht bereit oder in der Lage sind, Pflege zu übernehmen?***

Die WIR! Stiftung pflegender Angehöriger fordert in fünf Themenbereichen einen grundsätzlichen Perspektivwechsel.

**1.) Subsidiaritätsprinzip hinterfragen und Versorgung sichern**

Das derzeitige Pflegesystem ist darauf angewiesen, dass Angehörige jeden Alters Pflege- und Sorgeleistungen nicht selten rund um die Uhr und unentgeltlich übernehmen. Das geschieht neben Schule, Ausbildung, Beruf und eigenen familiären Verpflichtungen.

Eine allgemeine rechtliche Verpflichtung erwachsene Angehörige zu pflegen besteht nicht. Gesetzliche Unterhaltspflichten unterliegen anderen Rahmenbedingungen.

Unser Pflegesystem erachtet die Bereitschaft zur familiären Pflege in der Regel als selbstverständlich. Angehörigenpflege wird als subsidiäre, überwiegend unentgeltlich erbrachte Leistung vorausgesetzt und gesellschaftlich häufig als privater Liebesdienst angesehen.

Familiäre Verbundenheit darf aber nicht mit einer Verpflichtung zur Übernahme von Pflege gleichgesetzt werden. Angehörigenpflege kann die Lebensqualität, die physische und psychische Gesundheit, Erwerbsbiografien, Einkommen sowie die Altersversorgung von Pflegenden erheblich beeinträchtigen.

### **Wir regen eine Neuorientierung an:**

Im Mittelpunkt der Pflegepolitik müssen die Bedarfe von Menschen mit Pflegebedarf und die Rahmenbedingungen der Menschen sein, die sie pflegen. Die Annahme, dass Familien und nahestehende Menschen neben ihren eigenen Verpflichtungen immer mehr Pflegeaufgaben quasi im Ehrenamt übernehmen können und wollen, erscheint unrealistisch.

Wir benötigen verlässlich geregelte, familienunabhängige sozialräumliche Versorgungsstrukturen, bedarfsgerechte Tages-, Nacht-, Kurzzeit- und Ersatzpflege sowie flächendeckend wohnortnahe niedrigschwellige Entlastungsangebote.

Durch individuelles Case Management muss die Grundversorgung über professionelle Unterstützungsangebote, ergänzt durch lokale Nachbarschaftshilfe und freiwilliges bürgerschaftliches Engagement im Sozialraum sichergestellt werden. Angehörige können unter geregelten organisatorischen und finanziellen Rahmenbedingungen partizipativ mit eingebunden werden.

Eine verlässliche Versorgung von Pflegebedürftigen muss unabhängig davon gewährleistet sein, ob Pflegebedürftige Angehörige haben, wo sie leben und welcher Altersgruppe sie angehören.

### **2.) Pflege demokratisieren: Mitbestimmung und Transparenz verbindlich verankern**

Bürgerinnen und Bürger finanzieren die Pflege durch Pflichtbeiträge und erhebliche private Zuzahlungen. Millionen Menschen leisten darüber hinaus unentgeltliche Pflege- und Versorgungsleistungen. An maßgeblichen politischen Entscheidungsprozessen sind pflegende Angehörige bislang nicht angemessen beteiligt.

Die Zahlen des Statistischen Bundesamtes verdeutlichen die Bedeutung der häuslichen Versorgung: Im Dezember 2023 waren rund 5,7 Millionen Menschen pflegebedürftig. Rund 4,9 Millionen wurden zu Hause versorgt. Davon erhielten 3,1 Millionen ausschließlich Pflegegeld und wurden überwiegend durch Angehörige gepflegt..

Wie sollen tragfähige Zukunftskonzepte entstehen, wenn die Menschen nicht mitbestimmen können, die einen wesentlichen Teil der Versorgung leisten, diese im Wesentlichen selbst finanzieren und unmittelbar von politischen Entscheidungen betroffen sind?

### **Wir fordern:**

- **Verbindliche Beteiligung:** Vertretungen pflegender Angehöriger unterschiedlichen Alters müssen auf Augenhöhe in politische Entscheidungsgremien und relevante Reformprozesse auf allen Ebenen, auch auf Bundesebene, mit einbezogen werden.
- **Wirksame Mitsprache und Kontrolle:** Pflegende Angehörige und ihre Interessenvertretungen brauchen angemessene Informations- und Beteiligungsrechte sowie Kontrollrechte über die Verwendung der Gelder, die zur Versorgung von Pflegebedürftigen eingesetzt werden.
- **Transparenz:** Es muss nachvollziehbar sein, wofür Beiträge zur Pflegeversicherung und private Eigenmittel verwendet werden, welche Versorgungsergebnisse erreicht werden und wo Versorgungslücken bestehen. Die Sinnhaftigkeit der Mittelverwendung muss hinterfragt werden können

Die Rahmenbedingungen von Pflegeleistungen dürfen nicht nur zwischen Politik, Kostenträgern und Leistungserbringern ausgehandelt werden. Legitimierte Vertretungen der Bürger, die finanzieren, pflegen oder Pflege benötigen, müssen an der Gestaltung des Pflegesystems beteiligt werden.

### **3.) Angehörigenpflege rechtlich verankern und sozial absichern**

Angehörigenpflege darf nicht länger als selbstverständlicher, unentgeltlicher subsidiärer „Liebesdienst“ gesehen und behandelt werden. Informelle Pflege ist eine unverzichtbare Leistung.

Bislang fehlt ein angemessener, zusammenhängender Rechtsrahmen, der die Rechte, Pflichten und Belastungsgrenzen der pflegenden Menschen in der Zivilgesellschaft berücksichtigt und ihre soziale Absicherung ausreichend gewährleistet.

#### **Wir fordern:**

- **Eine klare rechtliche Verankerung der Angehörigenpflege**, die unterschiedliche Pflegekonstellationen, Rechte, Pflichten und Belastungsgrenzen berücksichtigt und eine soziale Absicherung ausreichend gewährleistet.
- **Eine bedarfsgerechte soziale Absicherung**, insbesondere bei Einkommensverlusten und langfristigen Folgen für die Altersvorsorge.
- **Eine wirksame Lohnersatzleistung**, die Einkommensverluste auffängt, wenn Menschen ihre Erwerbstätigkeit wegen der Pflege reduzieren oder aufgeben müssen.
- **Eine verlässliche Vereinbarkeit von Pflege und Beruf** durch verbindliche Ansprüche auf flexible, finanziell abgesicherte Pflege- und Familienpflegezeiten sowie geeignete betriebliche Rahmenbedingungen.

Pflege darf nicht zum Armutsrisiko werden. Die Folgen unbezahlter Sorgearbeit für Einkommen, berufliche Entwicklung und Altersvorsorge müssen politisch begrenzt werden.

### **4.) Pflegequalität ganzheitlich definieren und tatsächliche Kosten berücksichtigen**

Pflege ist mehr als die Erbringung abrechenbarer Leistungen.

Die finanzielle Konsolidierung der Pflegeversicherung darf nicht auf Kosten von Versorgung, Beziehung, Zuwendung, Zeit, Würde, Selbstbestimmung, Teilhabe und Lebensqualität gehen.

Notwendige Leistungen dürfen nicht in den privaten Bereich verschoben werden, nur weil sie dort vermeintlich kostengünstiger erbracht werden können.

#### **Wir fordern**

eine transparente Gegenüberstellung der gesellschaftlichen Gesamtkosten unterschiedlicher Versorgungsmodelle.

Neben den unmittelbaren Pflegekosten müssen auch die Folgen unbezahlter Sorgearbeit berücksichtigt werden: Einkommensverluste, geringere Sozialversicherungsbeiträge, Steuerausfälle, zusätzlicher Unterstützungsbedarf und die sozialen sowie wirtschaftlichen Folgen fehlender Entlastungsangebote.

Einsparungen im Haushalt der Pflegeversicherung sind keine nachhaltige Lösung, wenn Kosten lediglich auf Familien, andere Sozialleistungssysteme oder die Zukunft verlagert werden.

## 5. ) Pflegepolitik ganzheitlich und ressortübergreifend gestalten

Pflegebedürftigkeit betrifft Menschen in allen Lebensphasen. Kinder, Jugendliche, junge Erwachsene und Menschen im Erwerbsalter benötigen ebenso eine bedarfsgerechte Versorgung wie ältere Menschen. Eine zukunftsfähige Pflegepolitik muss Gesundheit, Arbeit, Familie, soziale Sicherung, Wohnen, kommunale Infrastruktur und gesellschaftliche Teilhabe zusammendenken.

Wir halten es für unabdingbar, die Zuständigkeiten für Pflege und Gesundheit grundsätzlich zu überprüfen und die Möglichkeit eines eigenständigen Pflegeministeriums auf Bundesebene zu diskutieren.

Zuständigkeiten müssen besser gebündelt und ressortübergreifendes Handeln gestärkt werden.

Pflegepolitik muss über die Grenzen einzelner Sozialgesetzbücher, Ressorts und Zuständigkeitsbereiche hinausdenken und handeln.

### **Unsere Erwartungen an die Pflegekommission und den Deutschen Bundestag**

Wir regen an, die „Blackbox Angehörigenpflege“ zu öffnen und die genannten Forderungen verbindlich in die Beratungen über die Zukunft der Pflege einzubeziehen.

**Im Mittelpunkt sollten vier politische Ziele stehen:**

1. **Verbindliche Mitbestimmung** für Menschen mit Pflegebedarf und ihre sie pflegenden Angehörigen.
2. **Rechtliche Sicherheit und soziale Absicherung** für Menschen, die Pflegeverantwortung übernehmen.
3. **Verlässliche, bedarfsgerechte Versorgungsstrukturen**, die keine unbegrenzte Verfügbarkeit von Angehörigen voraussetzen.
4. **Transparenz über die Verwendung finanzieller Mittel und die gesellschaftlichen Gesamtkosten** der Pflege einschließlich der Folgen unentgeltlicher Sorgearbeit.

Die Pflegeversicherung braucht mehr als nur finanzielle Korrekturen. Sie braucht eine grundlegende Neuausrichtung, die wirtschaftliche Tragfähigkeit mit Selbstbestimmung, Partizipation, sozialer Gerechtigkeit und verlässlicher Versorgung verbindet.

### **Geld pflegt nicht. Menschen pflegen Menschen.**

Eine zukunftsfähige Pflegepolitik muss sowohl Menschen mit Pflegebedarf als auch ihre pflegenden Angehörigen und Pflegepersonen mit einbeziehen. Angehörigenpflege darf nicht länger als selbstverständliche, kostenlose Ressource vorausgesetzt werden.

**Eine physisch, psychisch und finanziell erschöpfte pflegende Zivilgesellschaft kann die wachsenden Pflegeanforderungen nicht dauerhaft auffangen.**

**Die WIR! Stiftung erwartet, dass im Rahmen der Pflegereform die notwendigen politischen und rechtlichen Voraussetzungen für einen an Realitäten orientierten, zukunftsfähigen Systemwechsel geschaffen werden.**

gez.

Brigitte Bührlen

Stifterin und Vorsitzende